



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Kampf gegen Corona VII: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen – Unterricht und Förderung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Schülerinnen und Schüler haben drei Schuljahre hinter sich, die von der Coronapandemie geprägt waren. Die Defizite aus diesen Jahren werden auch im kommenden Herbst noch nicht ausgeglichen sein. Darum stehen das Nachholen von Basiswissen und das Festigen von Schlüsselqualifikationen im Vordergrund. Zudem müssen Schülerinnen bzw. Schüler auch weiterhin bedarfsgerecht gefördert werden, um ihre individuellen Lücken zu schließen. Insbesondere soziales Lernen wird nach den Einschränkungen durch die Pandemie wichtiger. Darüber hinaus darf die psychische Gesundheit der Schülerinnen bzw. Schüler nicht aus dem Blick geraten.

Die Staatsregierung wird darum aufgefordert, folgende Maßnahmen bezüglich des Unterrichts und der Förderung der Schülerinnen bzw. Schüler umzusetzen:

- Bereits eingeführte kurzfristige Maßnahmen zum Ausgleich von Coronadefiziten müssen langfristig verstetigt und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden. Dafür braucht es eine entsprechende Verankerung im Haushalt.
- Der Lehrplan muss an diese neuen Voraussetzungen angepasst, zum Teil gestrafft und an anderer Stelle flexibler werden. Die Frage, was Schülerinnen bzw. Schüler wirklich lernen müssen, um im Studium oder in der Berufsausbildung zu bestehen, soll wieder mehr in den Fokus rücken.
- Gemeinschaftsstiftende Erlebnisse wie Wanderungen, Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte u. Ä. müssen wieder vermehrt ermöglicht werden, indem der Staat hier finanziell (z. B. bei Stornokosten) und auch rechtlich unterstützt.
- Es müssen wissenschaftlich evaluierte Präventionsprogramme zur psychischen Gesundheit an den Schulen fest verankert werden. Zudem muss ein Finanzierungsvorschlag für zusätzliche Stellen vorgelegt werden, der sowohl den Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen als auch die Einstellung von Lehrkräften zur Schaffung von mehr Beratungszeit für Schulpsychologinnen bzw. Schulpsychologen berücksichtigt.
- Regelmäßiger persönlicher Kontakt zu den Lehrkräften muss auch im Falle von Distanzunterricht, z. B. durch Videosprechstunden, sichergestellt sein.

**Begründung:**

Der Ausfall von Präsenzunterricht während der Coronapandemie trug dazu bei, dass bei vielen Schülerinnen bzw. Schülern seit dem ersten Lockdown im März 2020 immer größere Wissenslücken festgestellt werden konnten. Die Schulschließungen haben dazu geführt, dass vor allem Schülerinnen bzw. Schüler aus bildungsfernen Haushalten die Bildungsverliererinnen bzw. Bildungsverlierer der Pandemie wurden und sind. Zusätzliche, vom Staat angebotene Förderangebote sind daher unerlässlich, um die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, die pandemiebedingten Wissenslücken zu schließen und somit für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Lernangebote jenseits des normalen Schulbetriebs stellen eine wichtige Ergänzung des normalen Unterrichts dar, um Schülerinnen bzw. Schüler individuell zu fördern und zu unterstützen. Die Staatsregierung steht daher in der Pflicht, dass alle Kinder und Jugendliche, die Bedarf an diesen Fördermaßnahmen haben, diese auch angeboten bekommen und in Anspruch nehmen können. Nur so wird verhindert, dass Lernlücken sich über Jahre festsetzen und es durch die Pandemie eine nicht unerhebliche Anzahl von Bildungsverliererinnen bzw. Bildungsverlierer gibt.

Die Coronapandemie sollte aber auch als Chance betrachtet werden, um das in die Jahre gekommene System zu überarbeiten. Dass die Lehrpläne anders gestaltet werden müssen, zeigt auch die aktuelle Schulleitungsstudie von Cornelsen. Die Schulleitungen wünschen sich eine Überarbeitung des Fächerkanons sowie mehr fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht.

Soziales Lernen wird wichtiger. Der zugewandte Umgang miteinander, Rücksicht und Empathie sind in Teilen der Gesellschaft während Corona zurückgegangen. Schule muss verhindern, dass sich Kinder zu ichbezogenen Erwachsenen entwickeln. Darum müssen neben sozialen Lernformen wie Gruppenarbeit auch gemeinschaftsstiftende Erlebnisse wieder vermehrt stattfinden. Derartige Projekte waren in den letzten Jahren rückläufig aufgrund hoher Kosten, Haftungsfragen und aufgrund des Lehrkräftemangels. Das muss sich wieder ändern.

Die Ergebnisse der COPSY-Studie, die das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf am 9. Februar 2022 veröffentlicht hat, zeigen, dass mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen sich im Herbst 2021 sehr eingeschränkt durch die Pandemiemaßnahmen in ihrer Lebensqualität sahen. Acht von zehn Kindern fühlten sich durch die Pandemiemaßnahmen belastet. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten wie depressive Verstimmungen und Angstattacken hat sich gegenüber vor der Pandemie um 10 Prozentpunkte erhöht und stagniert seitdem auf hohem Niveau. Darum müssen die Kinder und Jugendlichen weiterhin gut in den Schulen unterstützt und vor psychischen Erkrankungen geschützt werden, indem die Schulsozialarbeit an allen Schulen weiter ausgebaut wird und auch die Schulpsychologinnen bzw. Schulpsychologen mehr Zeit für Beratungen und Prävention bekommen.